

## Bevölkerungsaustausch in Zahlen: Wie der „Standard“ die Folgen der Einwanderung ignoriert

Wie lange wollen sich die österreichischen Kampagnenjournalisten von Standard und Co. eigentlich noch in die Tasche lügen, daß eine fortgesetzte Einwanderung Österreich nicht grundlegend verändern werde?

### Meinung eines Unzensuriert-Lesers

Titelte der Standard anlässlich der Nationalratswahl am 13. August 2013 noch „Jeder fünfte Wiener darf nicht zur Nationalratswahl“, so lautete die Überschrift zur Wiener-Gemeinderatswahl am 6. Oktober 2015 (nur zwei Jahre später also) bereits: „Jeder vierte Wiener darf nicht wählen“.

Der Artikel konnte praktischerweise für die diesjährige Wien-Wahl nahezu 1:1 wiederverwertet werden, es mußte lediglich die 4 durch eine 3 ausgetauscht werden: „Knapp jeder dritte Wiener darf nicht wählen“.

### Schuß ins Knie

Wird es bei der nächsten Wahl dann „Nicht einmal mehr jeder zweite Wiener ist wahlberechtigt“ lauten?

Fraglich ist, ob die Journalisten mit ihrer Kampagne für ein stark gelockertes Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer ihr Ziel einer langfristigen rot-grünen Mehrheit tatsächlich erreichen werden, oder ob sie damit nicht die Pforten für politische Bewegungen öffnen, die in anderen europäischen Staaten bereits Fuß gefaßt haben. Der Standard berichtete, offenbar ohne sich über die Zusammenhänge im Klaren zu sein: „Partei will islamischen Staat in Belgien“.

### FALL FÜRS PARLAMENT

## Kebab-Razzien in Wien nur billiger Stimmenfang?

**Polit-Wirbel nach der Kebab-Razzia der Finanzpolizei in Wien. Die NEOS orten Stimmenfang im Wahlkampf. „Plötzlich interessiert sich Blümel für ‚Einmal scharf mit allem‘ und läßt seine Kontrolleure ausrücken“, übt Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn Kritik. Eine parlamentarische Anfrage folgt.**

*Daß die Beamten in der Bundeshauptstadt „scharf“ auf Imbißstände mit Fleischspießen waren, wird nun zu*

*einem Fall fürs Parlament. Die NEOS wollen sieben Fragen von Finanzminister und ÖVP-Spitzenkandidat für Wien, Gernot Blümel, beantwortet wissen.*

Unter anderem, ob weitere Razzien geplant - und wenn ja, ob diese auch „nach Region und Küchenrichtung geclustert“ sind. Und ob es regionale und kulinarische Unterschiede innerhalb der Branche gibt. Wirtschaftssprecher Schellhorn wittert jedenfalls billigen Stimmenfang im blauen Wählerbecken.

„Die ÖVP läßt momentan keine Gelegenheit aus, gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zu wettern - nur um ein paar Kreuzerln von noch ungeschlüssigen FPÖ-Wählerinnen und -Wählern einzuheimen. Vor diesem Hintergrund wird die ganze Aktion noch berechnender.“ Trockener Konter aus dem Finanzministerium: „Wir kontrollieren alle - von Obstbauern über Baufirmen bis zum Glücksspiel.“

## „Adolf-Hitler-Halle“ – Äußerung von Fellner: Wiener Handelsgericht entscheidet zu Gunsten Hofer

Erstinstanzlich hat FPÖ-Chef Norbert Hofer vor dem Wiener Handelsgericht ein Verfahren gegen „Österreich“-Herausgeber Wolfgang Fellner gewonnen. Dieser hatte in einer seiner TV-Sendungen gemeint, Hofer halte seine Aschermittwoch-Rede in der „Adolf-Hitler-Halle oder wie heißt das dort“ ab. Die Entscheidung fiel weil dem Gericht das Tatsachensubstrat für die Äußerung fehlte, es sah Hofer in die Nähe einer strafbaren Handlung gerückt und akzeptiert wurde auch nicht die Begründung eines Scherzes.

Fellner und dem Medieninhaber von oe24.tv wurde aufgetragen, entsprechende Aussagen zu unterlassen, diese in der Sendung „Die Insider“ zu widerrufen und die Verfahrenskosten in Höhe von gut 4.300 Euro zu tragen.

### Hofer-Klage: Fellner kündigte an in die zweite Instanz zu gehen

Wolfgang Fellner kündigte Dienstagmittag auf Anfrage der APA an, „humorvoll“ den Widerruf tätigen zu wollen, trotzdem aber in die zweite Instanz zu gehen. Die Aussage sei nie gegen den FPÖ-Chef gemünzt gewesen, ein Scherz sollte erlaubt sein. Wenn es aber Humorlosigkeit gebe, dann auf beiden Seiten. Daher will Fellner nun den oberösterreichischen Landeshaupt-

mann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner (FPÖ) klagen, da dieser ihm in Ried unterstellt habe, einen „Dachschaden zu haben“.

FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz zeigte sich indes in einer Aussendung über den Entscheid des Handelsgerichts erfreut: „Es war uns wichtig, hier eine klare Grenze zu ziehen und die FPÖ und ihren Obmann nicht in die Nähe von nationalsozialistischem Gedankengut bringen zu lassen.“

---

## AMTSMISSBRAUCH

### Polizist als Schlepperhelfer: Jetzt ist er Job los

*Daß die Einreise von neun Türken zu Weihnachten 2019 in Wien-Schwechat problematisch war, das bestreitet niemand: Unklares Reiseziel, ungewöhnliche Routenwahl, vieles deutete auf Schlepperei hin. Ein Polizist wurde jetzt wegen Amtsmisbrauchs verurteilt. Er hat verbotenerweise die Weiterreise ermöglicht.*

Am 25. Dezember 2019 wollten die neun Türken aus Istanbul kommend einreisen und dann in die Niederlande weiterfahren. Doch das angebliche Reiseziel, ein Karate-Turnier, konnten die Beamten in Wien-Schwechat im Internet nicht finden. Überdies hatten die Männer kaum Gepäck dabei und die Reiseroute über Wien nach Amsterdam mit Zwischenstopp in Paris war seltsam.

#### „Alles war korrekt“

Am 26. Dezember kamen die neun Türken neuerlich zur Kontrolle in Schwechat. Wieder dolmetschte ein Polizist mit Türkischkenntnissen. Der in der Zwischenzeit mit den Landsleuten regen Chat-Kontakt unterhalten hatte. Er ermöglichte die Weiterreise der neun Männer, sagt aber beim Prozess in Korneuburg: „Alles war korrekt.“

Richter Manfred Hohenecker: „Warum haben Sie den Reiseleiter der Gruppe zu Ihrer Hochzeit eingeladen? Ist so was üblich?“ Urteil: Ein Jahr bedingt, damit ist der Polizist den Job los.

---

## NATIONALRAT

### FPÖ beantragt Sondersitzung des Nationalrats gegen schwarz-grünes Versagen

Eine Sondersitzung des Nationalrats hat die FPÖ gegen die aktuelle Regierungspolitik von Schwarz-Grün beantragt. Laut FPÖ-Antrag steht die Sitzung unter dem Titel: „Schluss mit den Milliardenausgaben für eine falsche Asyl-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Österreich und Europa – Österreich braucht jeden Euro für die Opfer des schwarz-grünen Corona-Desasters!“

Für FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, dass die Bundesregierung von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Werner Kogler (Die Grünen) endlich Farbe bekennen müsse, wie sie in der Covid-19-Krise weiter vorgehen wolle.

## Schwarz-grüne Wirtschaftsflüchtlingsaufnahme trotz Covid-19-Krise

Aktuell liege Österreichs Wirtschaft und der Arbeitsmarkt durch die schwarz-grünen Covid-19-Maßnahmen am Boden. Deshalb sei eine weitere Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlings den Österreichern nicht mehr zumutbar. Allerdings dürfe man den diesbezüglichen Lippenbekenntnissen von ÖVP-Kanzler Kurz und den anderen Regierungsgliedern nicht länger trauen.

Nach Einschätzung von FPÖ-Klubobmann Kickl sieht der schwarz-grüne Masterplan in diesem Zusammenhang folgendermaßen aus:

***Die Grünen nehmen ohnehin sofort jeden auf, der aufzeigt und nach Österreich will. Und die Schwarzen machen letztlich immer alles, was Merkel und die EU wollen.***

Die FPÖ ist deshalb die einzige patriotische Kraft, die die Interessen der Österreicher vertrete und gegen Zuwanderung entschieden auftritt.

---

## Schwerer Verdacht: SPÖ-

### Fördermißbrauch in Millionenhöhe

Die zweifellos üppig dotierte Parteiförderung in Wien genügt für manche Partei nicht. So läßt sich die SPÖ auch Feste von der Stadt Wien, also vom Steuerzahler, mitfinanzieren. Das ist gesetzeswidrig, weil in den Förderrichtlinien der MA 7 – Kulturabteilung der Stadt Wien unmißverständlich festgehalten ist:

***[...] Nicht förderbar sind parteipolitische und religiöse Veranstaltungen [...]***

#### Was in Wien Gesetz ist, bestimmen die Roten

Aber ganz nach dem Motto „Was in Wien Gesetz ist, bestimmen wir“ kassiert die SPÖ kräftig Geld für ihre Festln. In den Jahren 2018 und 2019 waren es jeweils 1,81 Millionen Euro, 2020 waren es sogar 1,96 Millionen Euro. Das Geld geht zuerst an den roten Verein Wiener Kulturservice und von dort zu so „unpolitischen Festen“ wie Donauinselfest oder Maifest im Prater. Aber auch diverse SPÖ-Bezirksfeste dürfen sich über finanzielle Zuwendungen freuen, wie der FPÖ-Gemeinderat Dietbert Kowarik im Zuge einer Untersuchungskommission aufdeckte. Siehe auch Kurier-Bericht unter dem Titel „Blaue orten illegale Spenden bei der Wiener SPÖ“.

#### Spanferkel-Essen auf Kosten der Steuerzahler

So wurde zum Beispiel allein in Simmering das SPÖ-Gemeindebaufest am Muhrhoferweg mit Steuergeldern mitfinanziert, oder das SPÖ-Sommerfest am Leberberg, das Thürnhofer Wiesenfest der SPÖ, ein Spanferkel-Essen im Sektionslokal Unter der Kirche oder aber auch das Sommerfest der SPÖ-Frauen am Albin-Hirsch-Platz.

Der Simmeringer Bezirksparteiobmann der Freiheitlichen, Nationalratsabgeordneter Harald Stefan, kann es kaum fassen:

Während sich andere Parteien streng an Förderrichtlinien halten, scheren sich Funktionäre der Simmeringer SPÖ offenbar gar nichts um Gesetze. Damit laufen sie Gefahr, Mittäter strafbarer Handlungen zu werden.

### ***Anzeigen beim Rechnungshof und Unabhängigen Parteientransparenz-Senat***

Damit dieser offensichtliche Fördermißbrauch nicht ohne Konsequenzen bleibt, haben die Wiener Freiheitlichen nicht nur eine Sachverhaltsdarstellung an den Rechnungshof geschickt, sondern auch eine Eingabe beim Unabhängigen Parteientransparenz-Senat im Bundeskanzleramt gemacht. „Wir verlangen Strafen!“, fordert Dietbert Kowarik.

Der FPÖ-Gemeinderat erzählt, mit welchem Schmah sich SPÖ-Politiker in der Untersuchungskommission des Wiener Gemeinderates herausreden wollten: Man habe ja nicht Geld für die Feste abgezweigt, sondern für die Künstler, meinten sie. „Das ist natürlich Unsinn“, sagt Kowarik. „Man stelle sich vor, die FPÖ macht eine Wahlveranstaltung auf dem Viktor-Adler-Markt in Favoriten und bezahlt die Gage der John Otti Band mit dem Geld der Wiener Steuerzahler“. Dieses Beispiel zeige, wie verzweifelt die SPÖ nach Argumenten sucht, um sich reinzuwaschen.

---

## **„Zeit, Pandemie für beendet zu erklären“**

Dr. Franz Allerberger, AGES-Chef und damit oberster Gesundheitsverantwortlicher des Landes, erklärte jüngst: „Die Hoffnung, daß wir das Virus mit strengen Maßnahmen ausrotten können, können wir abhaken. SARS-CoV-2 wird sich zu den anderen Winterinfekten dazugesellen“. Der Ärztekammerpräsident von Oberösterreich, Dr. Peter Niedermoser, fordert im Zusammenhang mit der Wuhaner Labordelikatesse, die die Welt seit 6 Monaten in Atem hält, endlich „Verhältnismäßigkeit“ ein. „Viren gibt es schon immer und wir leben damit“ so der oberste Mediziner eines großen Bundeslandes. Die Leiterin des Instituts für Mikrobiologie und Tropenmedizin am Ordensklinikum Linz Dr. Petra Apfalter bringt es ungeschönt auf den Punkt: „Wir haben keine zweite Welle, wir haben einen Labor-Tsunami“. Natürlich könnten das fortgesetzte Angst- und Panikregime des Sebastian Kurz, Rudi Angstschober und deren hörige Medien auch in diesem Fall zur „Neutralisierungs-keule“ greifen, wie schon zuvor bei den Experten Dr. Haditsch, Dr. Bhakdi und Dr. Sprenger, und die immer mehr werdenden Exponenten eines logischen Blicks auf das Corona-Virus in das Eck von Covididioten dreschen. Nur es gelingt nicht mehr, die Zahl der Mediziner, die das Corona-Virus als den größten

Fehlalarm aller Zeiten qualifizieren, die die Kollateralschäden der ergriffenen Maßnahmen deutlich höher einstufen als die Folgen einer COVID-Erkrankung selbst, werden täglich mehr. Für den Irrtum der Politik, gestützt auf eine Minderheit von dauerhysterischen Fachidioten, haben wir die letzten 6 Monaten den denkbar höchsten Preis gezahlt. Massenpleiten unserer Betriebe, Massenarbeitslosigkeit, ein Massenanstieg von psychischen Erkrankungen, die massenhafte und durch Verfassungsgerichte bestätigte Aushöhlung von Grund- und Freiheitsrechten. Der wiederholten gefügig machenden Drohung von Kurz „die zweite Welle ist da“ halte ich entgegen: 1. Wir können uns eine zweite Welle nicht leisten! 2. Es wird Zeit die Pandemie für beendet zu erklären. 3. Es wird Zeit, jene Politiker umgehend zu Verantwortung zu ziehen, die ohne Relation und Augenmaß die tragenden Säulen unserer Gesellschaft binnen weniger Monate abfackelten.

***Gerald Grosz für das Magazin INSIDER***

---

## **Corona-Maßnahmen lassen Österreichs Wirtschaft um 14,3 Prozent einbrechen**

Die aktuelle Frage „Wer hat unsere Wirtschaft geschrumpft?“ ist in diesen Tagen wohl eindeutig zu beantworten. Verantwortlich dafür sind einzig und allein die von der schwarz-grünen Bundesregierung gesetzten Corona-Maßnahmen seit März 2020. Allein im 2. Quartal 2020 ist Österreichs Wirtschaft um nicht weniger als 14,3 Prozent im Vergleich zum 2. Quartal 2019 eingebrochen. Gegenüber dem 1. Quartal 2020 betrug das Minus 12,1 Prozent. Für den Generaldirektor der Statistik Austria ist das der kräftigste Rückgang seit Ende des Zweiten Weltkrieg.

### ***Covid-19-Maßnahmen haben deutliche Spuren hinterlassen***

Die von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Die Grünen) gesetzten Covid-19-Maßnahmen haben in den Monaten April - Juni 2020 vor allem im Dienstleistungssektor massive negative Spuren hinterlassen. Der Beherbergungs- und Gastronomiemiesektor hatten Rückgänge von 61,1 Prozent zum Vorjahresquartal 2019 und sogar 65,2 zum 1. Quartal 2020 zu verzeichnen.

Im Kultur- und Unterhaltungssektor betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal 2019 ganze 35,3 Prozent und zum Vorquartal 27,0 Prozent.

### **Aktuelle Corona-Maßnahmen lassen Wirtschaft weiter schrumpfen**

Die bisherigen und vor allem aktuellen Covid-19-Maßnahmen lassen die österreichische Wirtschaft weiter schrumpfen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht zu Horrormeldungen am Arbeitsmarkt kommt, wo große Industrie- und Gewerbebetriebe, vor allem aber auch die Beherbergungs- und Gastronomiebranche, Personal freisetzt.

Zuletzt schlug die Zwangsregistrierung von allen Lokalgästen in der Wiener Gastronomie, verordnet von SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig und der rot-grünen Stadtregierung als Covid-19-Maßnahme, wie eine Bombe ein.

# **EU: MIGRATIONS-PAKT IM FINALE**

## **Wüste Attacken der EU-Kommissionspräsidentin auf Migrationsgegner**

Am 23. September soll der bisher, streng geheim gehaltene, Entwurf für einen neuen „EU-Migrationspakt“ enthüllt werden, kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf Twitter an. In einer anderen Rede beschimpfte sie Migrationsgegner als rechtsextreme Hasser. Europa müsse auch in Zukunft mit Migration leben und das managen können. Angesichts der Zustände in Moria liegen die Nerven offenbar blank.

### **Maulkorb für Beamte**

Das offenbar sehr brisante Pakt-Papier wurde seit März wiederholt angekündigt. Zentraler Punkt darin ist die angestrebte Solidaritätsklausel für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS). Demnach müssten die EU-Staaten bei der Aufnahme von Migranten künftig nach der Brüsseler Pfeife tanzen. Nicht eine Zeile davon drang bisher nach außen. Offenbar will man ein ähnliches Szenario, wie beim UNO-Migrationspakt, verhindern. **Der Pakt wird als Verschluss-Sache gehandhabt. Insider erzählen, seitdem von der Leyen die Kommission führt, herrschen strenge Regeln: wer Interna an die Medien weitergibt, muss mit drakonischen Strafen rechnen. Vor einigen Wochen soll deshalb ein Kommissionsbeamter entlassen worden sein.** Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass die Kommission ein derart brisantes Papier den EU-Ländern so einfach vor den Latz knallt. Üblicherweise kommt so ein Dokument in begleitender Konsultation mit den Mitgliedstaaten, sprich den Regierungsbüros zustande. Auch die halten offenbar dicht.

### **Migrationsgegner sind rechtsextreme Hasser**

Dafür meldet sich die gestrenge von der Leyen regelmäßig aus der Twitteria: dort kündigte sie auch baldige Vorlage des Paktes an, der einen menschlichen und humanen Ansatz verfolge. Das Leben auf See zu retten, sei nicht freiwillig und jene Länder, die ihre rechtlichen und moralischen Pflichten erfüllen oder exponierter sind als andere, müssen sich auf die Solidarität der gesamten EU verlassen können. **In einer ebenfalls auf Twitter veröffentlichten Rede predigte sie die „unverrückbare Würde“ der Menschen, egal woher diese kommen und attackierte wütend, all jene, die das nicht so sehen als rechtsextreme Hasser.** Den Widerspruch aus den Zuhörerreihen quittierte sie mit Hohn, „ihr seid für Hass“ „wir sind für Lösungen“. Migration werde es immer geben, sprich, die Europäer haben sich damit abzufinden. Jedes Jahr kommen 2 Mio Migranten nach Europa plus 140.000 Flüchtlinge, wie etwa im Vorjahr, erklärte sie. Europa solle und müsse fähig sein, das zu managen.

---

---

## **Amtsmissbrauchs-Anklage gegen Burgenlands Ex-Mandatar Kölly**

*Drei Jahre nach der Burgenland-Kommunalwahl 2017 liegt eine Anklage wegen Amtsmissbrauchs gegen den Bürgermeister von Deutschkreutz und Ex-Landtagsabgeordneten Manfred Kölly (Bündnis Liste Burgenland) vor. Die Landeswahlbehörde hatte Rechtswidrigkeiten beim Urnengang festgestellt. Das Landesgericht Eisenstadt habe die Zustellung der Anklage verfügt, bestätigte Vizepräsident Bernhard Kolonovits, am Dienstag einen „Kurier“-Bericht. Sie sei allerdings noch nicht rechtskräftig.*

Köllys Anwalt könne gegen die Anklage noch Einspruch erheben, sagte Kolonovits. Die Landeswahlbehörde hatte die Wahl in Deutschkreutz nach einem Einspruch der ÖVP aufgehoben, weil auf zahlreichen Stimmzetteln annähernd idente Kreuze und Vorzugsstimmen nach einem bestimmten Muster festgestellt worden waren. Bei der darauffolgenden Wiederholung der Wahl wurde Kölly 2018 erneut zum Bürgermeister gewählt.

Rund 180 Zeugeneinvernahmen wurden im Laufe des Ermittlungsverfahrens durchgeführt. Bezüglich eines Teils der Vorwürfe sei das Verfahren eingestellt worden, so Petra Bauer, Sprecherin der Staatsanwaltschaft Eisenstadt, zur APA. Andere Punkte mündeten schließlich in eine Anklage, lautend auf Amtsmissbrauch und versuchte Anstiftung zur falschen Beweisaussage.

„Es ist das meiste eingestellt. Ein paar Sachen sind noch offen und das werden wir auch richtig stellen“, sagte Ortschef Kölly auf APA-Anfrage. Genaueres wisse er noch nicht. Ob er die Anklage beinsprucht, das werde er noch mit seinem Anwalt besprechen. Etwaigen Aufforderungen, seine Tätigkeit als Bürgermeister bis zum Ende des Verfahrens ruhend zu stellen, würde er jedenfalls nicht nachkommen, meinte Kölly: „Kommt sicher nicht infrage, das spielt es gar nicht.“

---

---

### **Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN***

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 274** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.  
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)  
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und  
Freiheitsrechte aller Völker ein. \* Erscheinungsort: Wien \*